Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Pf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

Inhalt:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Pfennig / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echos", München, Herzog-Max-Straße 4 / Tel. 93099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 37 — München, 16. September 1927 — 14. Jahrgang

Das „Jüd. Echo" ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1927	Wochenkalender	5687	
	September	Elul	Bemerkungen
Sonntag	18	21	
Montag	19	22	
Dienstag	20	23	
Mittwoch	21	24	
Donnerstag	22	25	
Freitag	23	26	
Samstag	24	27	נצבים

Das Jüdische Echo

Nummer 37 16. September 14. Jahrgang

Die Ergebnisse des XV. Zionistenkongresses

Nicht wie vorgesehen am 9., sondern erst am 11. September konnte der Kongreß seine Beratungen beenden, eine Reihe von Nachtsitzungen und überstürzten Abstimmungen waren nötig geworden; wichtige Gegenstände mußten dem A.-C. zur endgültigen Beratung und Beschlußfassung übergeben werden. Der Kongreß steht einer solchen Menge von Aufgaben gegenüber, daß ihre Bewältigung normalerweise in dem kurzen Zeitraum von 14 Tagen gar nicht vorausgesetzt werden dürfte; es muß als ein Zeichen von äußerster Kraftanstrengung, als ein Symbol stärkster Disziplin des größten Teils der Kongreßdelegierten betrachtet werden, daß es gelungen ist, den XV. Kongreß mit einer Verlängerung von nur zwei Tagen zu Ende zu führen und doch wenigstens die wichtigsten Probleme zu lösen. Dabei darf freilich nicht vergessen werden, daß eine Frage, von der man annehmen sollte, sie habe das Interesse des Kongresses im besonderem Maße erregt, die Frage der Kongreßreform nämlich, unseres Wissens nur von einem Mitglied der Exekutive, Felix Rosenblüth, angeschnitten wurde. Negativ hat man allerdings eine Anregung zur Kongreßreform bereits entschieden: der Kongreß ist in seiner großen Mehrheit nicht gewillt, auf das Budgetrecht zu verzichten, obwohl er tatsächlich dieses Recht nur formell besitzen und ausüben kann.

Es mag vielleicht nicht überflüssig sein, sich einmal zu vergegenwärtigen, was alles der Kongreß während seiner kurzen Tagung zu erledigen hatte. Neben einer Reihe von demonstrativen Veranstaltungen, wie der feierlichen Eröffnung, der Gedächtnisversammlung an den ersten Zionistenkongreß, der Totenehrung, die sicherlich bei der heutigen Regelung zu kurz kommen, stehen im Vordergrund die parlamentarischen Verhandlungen: die im Plenum erstatteten Kommentare der leitenden Politiker und Administratoren, der Fondsdirektoren, zu den meist gedruckt vorliegenden Berichten der einzelnen Verwaltungszweige usw.; die Generaldebatte, die den Parteien Gelegenheit zur Auseinandersetzung untereinander und mit der Exekutive gibt, die Beratungen der Kommissionen und Subkommissionen, von denen nur der Permanenzausschuß, die politische, die Organisations-, die Erziehungs-, die Gesundheits-, die Kolonisations-, die Immigrations-, die Arbeits-, die finanzpolitische, und last not least die Budgetkommission genannt seien; die Erstattung der Berichte dieser Kommissionen und die Beschlußfassung über die von ihnen eingebrachten Anträge; schließlich die Wahl einer Exekutive — man wird nach dieser bloßen Aufzählung verstehen, daß viele Gegenstände, die Anlaß wochenlanger Auseinandersetzungen sein könnten und müßten, nur oberflächlich gestreift werden und „durchgepeitscht" werden müssen.

Trotz vieler formalen Schwierigkeiten, trotz einer unglaublichen Überlastung an Arbeitsstoff ist der Kongreß nicht, wie der XIV. in Wien, auseinandergegangen, ohne eine neue Exekutive gewählt zu haben. Wer den Wahlkampf miterlebt hat, und wer während des Kongresses etwa die Meldungen über den Zwischenfall mit Stephen Wise in der politischen Kommission las, der mag geglaubt haben, daß es um die Person und das politische System Weizmanns gehe; allein, obwohl Jabotinsky in seiner großen Rede mit blendender parlamentarischer Taktik und großem Suggestionsvermögen Wise gegen Weizmann auszuspielen versuchte, dachte im Ernst niemand an eine Kandidatur gegen Weizmann. Nicht die Zusammensetzung der Londoner Exekutive war es, die den Kongreß solange beschäftigte: es war die Bildung der Palästina-Exekutive, die Schwierigkeiten über Schwierigkeiten bereitete, die bald an dem Widerstand des Misrachi, bald an dem Einspruch der Arbeiterparteien scheiterte. Sie besteht nunmehr, wie wir an anderer Stelle melden, aus Colonel Kish, Henry Sacher und Miß Henrietta Szold. Van Vriesland, der zuerst als Dritter in Aussicht genommen war, wurde sowohl von den Misrachisten als auch von den Arbeiterparteien heftig abgelehnt; er wird indessen, da Sacher auf seine Mitarbeit nicht verzichten wollte, als treasurer (Schatzmeister) außerhalb der Exekutive tätig sein.

Die Wahl der Palästina-Exekutive erfolgte mit 83 gegen 62 Stimmen. Dafür stimmten nur die Allgemeinen Zionisten, dagegen Misrachi, Revisionisten und Radikale; die Arbeiterparteien enthielten sich der Stimme und ermöglichten damit erst diese Wahl. Diese Haltung der Arbeiterparteien, die unter Hintansetzung eigener Interessen und trotz großer, gewichtiger Bedenken sich bereit fanden, die Situation zu retten, wenn sich die neue Exekutive nur zu gewissen Grundprinzipien ihrer Arbeit bekennen würde, verdient restlose Anerkennung. Auch sind ihre Forderungen: Anerkennung der Histadruth Haowdim als Vertretung der Arbeiterschaft, Anerkennung des Prinzips der organisierten Arbeit bei nationalen Arbeiten, wirklich nicht übertrieben. Ob der Misrachi bei konsequenter Durchführung der auf diesem Kongreß angewandten Taktik — er stemmte sich gegen van Vriesland aus Gründen, die ohne irgendwie sachlicher Natur zu sein, nicht einmal in van Vrieslands Person liegen; er forderte von der zu wählenden Exekutive für seine Unterstützung Garantien, die alle von den zionistischen Fonds abhängigen Siedler in ihrer persönlichen Freiheit weitgehend beschränkt hätten — ob der Misrachi damit nicht seiner eigenen Idee untreu würde, kann einmal dahingestellt bleiben; daß er diesen Kongreß ungewöhnlichen Belastungsproben ausgesetzt und seine Arbeit sehr erschwert hat, ist sicher.

Man erwartet von der neuen Exekutive nicht wenig. Sie bedeutet jedenfalls einen Sieg des Konsolidierungsgedankens, der als die Richtlinie ihrer Tätigkeit sich nunmehr auch in der Praxis durchzusetzen und zu bewähren hat. Was ihre Mitglieder anlangt, so ist Colonel Kish seit Jahren Mitglied der Exekutive und nahezu allgemein anerkannt und geschätzt; Miß Henrietta Szold, die

Schöpferin und Präsidentin der „Hadassah, Womun's Zionist Organisation", verfügt durch diese Organisation über großen Einfluß vor allem in Amerika und hat auch bei dem Aufbau der sanitären Einrichtungen der Hadassah Erfahrungen und Ansehen in Palästina gewonnen; Henry Sacher endlich, als dessen besondere Aufgabe in der Exekutive man die Sanierung der Institutionen, die Balanzierung des Etats und die Rationalisierung der Verwaltung bezeichnet, hat sich nach der „Jüdischen Rundschau" als alter englischer Zionist und früherer Redakteur des „Manchester Guardian" große Verdienste um den Zionismus dadurch erworben, daß er zur öffentlichen Diskussion des Zionismus als Kriegsziel beigetragen hat. Heute gilt Sacher als einer der tüchtigsten Rechtsanwälte Palästinas; er vertritt u. a. auch die Angelegenheit der Ruthenberg-Gesellschaften.

Sacher scheint also alle Voraussetzungen zu erfüllen, die man an einen Wirtschaftsreorganisator in Palästina stellen kann; seine Arbeit wird ihm trotzdem nicht leicht werden. Das Budget, das vom Kongreß in seiner letzten Sitzung angenommen wurde, läßt nämlich trotz der beim ersten Eindruck erstaunlich hohen Gesamteinnahmensumme von annähernd 1 Million Pfund für die eigentliche Kolonisationsarbeit nur einen relativ und absolut ungenügenden Betrag zur Verfügung. Es gehen nämlich davon ab die Einnahmen des Nationalfonds in Höhe von £ 300 000.—, die bestimmungsgemäß für den Bodenkauf verwendet werden müssen, es gehen ferner davon ab für die Zionistische Organisation £ 38 000.—, so daß noch die Einnahmen des Keren Hajessod in Höhe von £ 631 832.— verbleiben, die man auch als das eigentlich budgetfähige Einkommen bezeichnen kann. Von diesen werden verwendet: Für die Abdeckung des Defizits im Gesamtbetrage von £ 151 000.— £ 70 000.—; für Rückzahlungen auf Vorschüsse £ 54 500.—; für die landwirtschaftliche Kolonisation mit Einschluß der Versuchsstation und der Beteiligung an verschiedenen Gesellschaften £ 146 000.—; für das Arbeitsdepartement £ 65 000.—; für das Schulwesen £ 53 000.—; für das gesamte Gesundheitswesen (also mit Einrechnung des Hadassah-Budgets) £ 119 000.—; für die Immigration £ 10 000.—; der Rest verteilt sich auf kleinere Departements (Sonderbeiträge für religiöse Erziehung, religiöse Angelegenheiten, Universität und Nationalbibliothek, Technikum in Haifa, Handel und Industrie) und die Verwaltung.

Wie mit diesen beschränkten Mitteln hausgehalten werden soll, das können sich im Augenblick nur wenige vorstellen; ganz besonders einschneidende Kürzungen mußten bei den drei wichtigsten Departements, der landwirtschaftlichen Kolonisation, der Arbeit und dem Schulwesen gemacht werden. Abnorm hoch erscheint der für sanitäre Ausgaben angesetzte Betrag; es ist aus diesem Grunde sehr verständlich und begrüßenswert, daß der Kongreß eine Resolution der Gesundheitskommission angenommen hat, die eine allmähliche Überführung dieser Arbeit in die Hände lokaler Organe und die stärkere Anteilnahme der Regierung erstrebt.

Das Departement für Handel und Industrie soll lediglich £ 4000.— erhalten; das ist, wenn man weiß, wie notwendig und nützlich gerade auf diesem Gebiete systematische Arbeit wäre, nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Allein es liegt im Prinzip der Konsolidation, daß nichts Neues begonnen werden darf, bis das Alte ganz auf eigenen Füßen steht und bis entsprechende Mittel vorhanden sind. Und so muß man sich eben der Hoffnung hingeben, daß es einmal der neuen Exekutive gelingen wird, in der nächsten Arbeitsperiode die Konsolidierung bereits angefangener Arbeiten durchzuführen und daß zum anderen durch eine Anspannung aller Energien endlich auch größere Beträge für neue Arbeitszweige freigemacht werden können.

Dr. Weizmann hat vor seiner Wiederwahl einige Erklärungen abgegeben, die in dieser Beziehung einschneidende Bedeutung gewinnen. Er hat seine Hoffnung ausgedrückt, daß es gelingen werde, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit außerhalb des Budgets größere Mittel zu erhalten; er hat aber auch betont, daß die Exekutive das von der Budgetkommission festgesetzte und vom Kongreß beschlossene Budget nur unter der Grundvoraussetzung durchführen könne, daß die Einnahmen den vorgesehenen Ausgaben entsprächen. Die Exekutive müsse berechtigt sein, das Budget mit der tatsächlichen Lage in Einklang zu bringen und die zu diesem Zwecke notwendigen Änderungen vorzunehmen.

Das hat sie zwar bisher unter dem Druck der Tatsachen auch schon getan, sie hat sich aber doch so weit an das Budget gehalten, daß man als das Ergebnis dieses Verfahrens die schwebende Schuld von £ 150 000.— buchen darf. Der Kongreß hat nun einen Antrag der Budgetkommission angenommen, der die Exekutive ermächtigt, angesichts der Lage in Palästina Veränderungen der einzelnen Posten bis zu zehn Prozent im Rahmen des Gesamtbudgets vorzunehmen. Ohne daß dies ausdrücklich festgestellt wird, scheint der Kongreß damit sagen zu wollen, daß der Exekutive weitergehende Änderungen nicht gestattet seien. Zwischen diesem Beschluß und der Erklärung Dr. Weizmanns besteht u. E. eine prinzipielle Differenz, die doch noch einmal geklärt werden müßte. Die Erklärung Dr. Weizmanns mit ihrem unbedingten Festhalten an dem Prinzip, nicht mehr auszugeben als eingenommen wird, muß in der augenblicklichen Situation dem formalen Budgetrecht des Kongresses vorgezogen werden. Man kann sich nicht einfach über die gegebenen Bedingungen hinwegsetzen und auf die zionistische Organisation finanzpolitsche Grundsätze anwenden, die anderswo vernünftig und angebracht sind, ihr aber nur Schaden bringen.

Auch in dieser Frage ist übertriebene Skepsis nicht nötig: die Einnahmen des Keren Hajessod sind wirklich so angesetzt, wie es die nüchternste Überlegung erforderte; es ist daher auch die Hoffnung berechtigt, daß das für das nächste Jahr aufgestellte Minimalbudget eingehalten werden kann.

*

Motzkin hat in seiner Schlußansprache den XV. Kongreß den besten, ernstesten und bedeutungsvollsten seit dem Kriege genannt. Mit Recht. Auch ohne daß man dem sogenannten „offiziellen" Optimismus verfällt, darf man sagen, daß dieser Kongreß vielleicht einen Teil der Eigenschaften gezeigt hat, die seinen großen Führer Weizmann auszeichnen: einen unerschütterlichen Sinn für die Wirklichkeit, die es zu erkennen und zu besiegen gilt; ein Verantwortungsbewußtsein, das ihn auch den ernstesten Belastungsproben standhalten ließ, Vertrauen auf die Kraft des zionistischen Gedankens und einen hoffnungsvollen Mut auf eine freundlichere, freudigere Zukunft. I. E.

Die Verhandlungen des XV. Zionistenkongresses

Fortsetzung der Berichte aus Nr. 36

Das Gesundheitswesen

In der 12. Sitzung vom Donnerstag vormittag referiert Dr. A. Katznelson über die von der Gesundheitskommission dem Kongreß unterbreiteten Resolutionen. Die Palästinaexekutive wurde einstimmig beauftragt, auf diesem Gebiete eine völlige Einheitlichkeit unter Initiative des Jischuw herzustellen. Es ist die eventuelle Übernahme der Leitung des Sanitätswesens durch den Jischuw vorzubereiten. Weiters wird die Anteilnahme der Regierung an der finanziellen und praktischen Sicherung des Gesundheitswesens sowie die Herstellung einer ständigen Kooperation gefordert. Der Vertrag zwischen der Hadassah und der Palästinaexekutive, welchen Weizmann befürwortet und Arlosoroff bekämpft hatte, wurde vom Plenum zur Kenntnis genommen, jedoch nur als Provisorium. In der erfolgten Vereinheitlichung der palästinischen Krankenkassen erblickt der Kongreß einen Fortschritt zur Konsolidierung der sozialen Fürsorge im Lande. Der Kongreß sprach sodann an Nathan und Lina Strauß den Dank für die Errichtung des Gesundheitszentrums aus.

Einsetzung einer Anleihe-Kommission und Errichtung eines Kontrollamtes

In der 13. Sitzung wurde über den Bericht und die Resolutionen der finanzpolitischen Kommission verhandelt.

Der Referent, Dr. Rottenstreich, der Vorsitzende dieser Kommission, begründete eine Reihe von Resolutionen. In seiner einleitenden Rede wies er auf den steigenden Überschuß der Palästinaregierung hin, der, wie die Regierung selbst anerkannt hat, nur der jüdischen Einwanderung zuzuschreiben ist. Trotzdem habe die Regierung keinen Schritt unternommen, um das Einströmen ausländischen Kapitals zu ermöglichen. Unabhängig von unseren Bestrebungen müssen wir die Palästinaregierung veranlassen, das Aufbauwerk auch in dieser Richtung zu unterstützen. Die Zionistische Organisation muß alles tun, um die Arbeit und das Aufbautempo anzufachen. Es wurde sodann im Prinzip die Wahl einer Anleihekommission mit dem Sitze in Europa und einer Subkommission in Palästina beschlossen. Die Resolutionen wurden angenommen.

Beim letzten Punkt, der das Verbot von Sondersammlungen ausspricht, kam es zu einer Kampfstimmung, bei welcher dieser Beschluß mit dem Amendement zur Annahme gelangte, daß von dem Verbot die bereits bestehenden Sonderfonds ausgenommen sind. Dafür stimmten 116, dagegen 97 Delegierte. Des weiteren wurde ein sehr wichtiger Beschluß, betreffend die Errichtung eines Kontrollamtes gefaßt, für welchen sich insbesondere Delegierter Stricker in der Kommission und auch im Plenum eingesetzt hatte. Dieses Amt soll einer obersten Rechnungskammer gleichkommen. Der Bericht lautet: Der Kongreß errichtet ein Kontrollamt zum Zwecke der Kontrolle aller mit Einnahmen und Ausgaben verbundenen zionistischen oder von der zionistischen Organisation abhängigen oder ihr verantwortlichen Institutionen. An der Spitze dieses Kontrollamtes steht der Kontrolleur.

Zu den Agenden dieses Amtes gehört die Gewährleistung einer korrekten Geschäftsführung, die Sicherstellung der Durchführung der Kongreßbeschlüsse, die Gewähr für ein reibungsloses Zusammenarbeiten, ferner Vereinfachung und Verbilligung des Gesamtapparates. (Zum Kontrolleur wurde, wie man liest, inzwischen Herr S. Schocker, Zwickau, vorgeschlagen.)

Die politischen Beschlüsse

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag fand die 14. Sitzung des Kongresses statt. Zunächst erstattete Kurt Blumenfeld sein Referat über „Zionismus und die jüdische Gegenwart“, dessen Inhalt wir noch nachtragen werden. Dann fand die Wahl der Anleihekommission statt, die aus den Herren Feiwel, Viktor Jacobson, Naiditsch, Rufeisen, Zlatopolsky, Bernhardt, Rottenstreich, Stricker, Dr. Barth und Locker zusammengesetzt wurde.

Der Kongreß ging nunmehr zur Beratung der Resolutionen der politischen Kommission über. Die Sitzung hatte einen dramatisch bewegten Verlauf, besonders die Beschlüsse über die Jewish Agency entfachten stürmische Empörung bei Radikalen und Revisionisten. Stricker und Grünbaum ließen sich zu dem unerhörten Ausruf hinreißen: „Die Majorität des Kongresses lehnt den Primat Palästinas ab.“

Die Resolutionen wurden von den Berichterstattern Dr. Nurock und Ben-Zwi begründet; der erste Teil, die sog. Präambel, lautet:

Die in Palästina seit Jahrzehnten, insbesondere seit der Balfour-Deklaration unter zionistischen Auspizien geleitete Aufbauarbeit hat die Grundlage des Jüdischen Nationalheims geschaffen. Damit wurde der Mandatarmacht sowie der öffentlichen Meinung der Welt bewiesen, daß das jüdische Volk fähig und entschlossen ist, der ihm durch das Mandat auferlegten schweren Verantwortung gerecht zu werden. Die Mandatarmacht hat sich während dieser Anfangsperiode im wesentlichen auf die Einrichtung einer ordnungsmäßig arbeitenden Verwaltung und die Wahrung der öffentlichen Sicherheit beschränkt und damit zwei der fundamentalen Vorbedingungen für die gesunde Entwicklung Palästinas geschaffen. Der Kongreß hält es jedoch für nötig zu betonen, daß die Tätigkeit der Palästina-Verwaltung in ihrem passiven Verhalten zum Jischuw und zu den Leistungen des jüdischen Volkes weder dem Geiste noch den besonderen Bestimmungen des Mandats entspricht. Den großen Wert des jüdischen Aufbauwerkes in Palästina, das dem ganzen Lande in seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung zum Vorteil dient, wird diesem Verhalten keineswegs

in genügendem Maße gerecht. Die Mandatsregierung hat weder der Siedlungsarbeit noch dem Kulturwerk der Juden genügend Hilfe geleistet. Elementare staatsbürgerliche Bedürfnisse (Volksbildung, Gesundheitspflege usw.) des jüdischen Jischuw werden von ihr nicht in gleichem Maße befriedigt, wie gegenüber den anderen Teilen der Landesbevölkerung. Mit Anerkennung stellt der Kongreß fest, daß die Palästinaregierung in der letzten Zeit sich für die Angelegenheiten des jüdischen Jischuw in stärkerem Maße interessiert und ihm in mehreren Fällen Hilfe geleistet hat. Der Kongreß sieht sich jedoch gezwungen, gleichzeitig mit Bedauern festzustellen, daß in all diesem noch keine grundlegende Veränderung des Systems der Mandatarmacht im Sinne einer aktiven Unterstützung des Aufbaues der nationalen Heimstätte zu finden ist. Dies beweisen verschiedene Maßnahmen und Verordnungen der letzten Zeit, die die Entwicklung des Jischuw zu stören geeignet sind. Mit tiefem Bedauern konstatiere der Kongreß Fälle der Verwaltungspraxis der letzten Zeit, durch welche Grundrechte, Lebensinteressen und sogar die Würde des Jischuw verletzt worden sind. (Die Angelegenheit des Grenzkorps, das Verhalten der Mandatsregierung in bezug auf die Heilige Stätte der Juden.)

Die Entwicklung des gesamten Aufbauwerkes des jüdischen Volkes in Palästina verlangt aktive Unterstützung und Beteiligung der palästinischen Regierung im Geiste des Mandats durch Schaffung von besonderen Bedingungen und Erleichterungen für die Siedler in der ersten Periode der der Aufbauarbeit. Die wirtschaftliche Entwicklung des Jischuw im Lande verlangt insbesondere folgende Reformen.

Nachdem Dr. Goldmann sein Minderheitsvotum begründet hat, wird dieser erste Absatz der politischen Resolution mit 85 gegen 22 Stimmen angenommen.

Die verlangten Reformen betreffen die Herabsetzung der Besitzsteuer (Werke), die Gebühren für Eigentumstitel (Kuschane), Erleichterung für neue landwirtschaftliche Siedlungen, die Umwandlung des Zehent in eine feste Jahreszahlung, die Befreiung neuer Fabriken von der Besitzsteuer und Maßnahmen zu einer raschen Durchführung der Bestimmung des Art. 6 des Mandates mit Bezug auf die Forderung geschlossener Ansiedlung von Juden auf dem Lande, einschl. von Staats- und Brachländereien durch die Regierung. Des weiteren aktivere Unterstützung von Handel und Industrie durch die Regierung. Durchführung einer Arbeitsgesetzgebung und Sozialversicherung, angemessene Beschäftigung jüdischer Arbeiter bei Regierungsunternehmungen und angemessene Zuweisung aus öffentlichen Mitteln für die ärztlichen und sanitären Erfordernisse der von Juden bewohnten Bezirke. (Einstimmig angenommen.)

Der weitere Absatz: „Der Kongreß drückt sein Vertrauen aus, daß die Exekutive energisch und ausdauernd alle diese Forderungen vertreten und unsere Lebensinteressen und zugesicherten Rechte verteidigen wird", wird angenommen und der Antrag Goldmann, statt „drückt sein Vertrauen aus" „fordert" zu setzen, abgelehnt.

2. Die Exekutive wird ferner aufgefordert, von der Regierung zu verlangen, daß sie bei der Durchführung ihres laufenden Programms für Arbeiten öffentlichen Nutzens die derzeitige Lage des Arbeitsmarktes entsprechend berücksichtigen und der Zionistischen Organisation jede mögliche Unterstützung bei der Durchführung von Krediten für Aufbauzwecke, insbesondere für Ameliorationsarbeiten in unentwickelten landwirtschaftlichen Gebieten gewähre. (Angenommen.)

3. Der Kongreß würdigt die Informations- und Aufklärungsarbeit der Exekutive, die in der laufenden Berichtsperiode im Völkerbunde und in der öffentlichen Meinung durch Gründung der Pro-Palästina-Komitees geleistet worden ist. Der Kongreß hofft, daß diese Arbeit in Europa, Amerika und der arabischen und mohammedanischen Welt fortgesetzt und erweitert wird. (Angenommen.)

Resolution über öffentlichen Schutz.

4. Der Kongreß bedauert, daß die Palästina-Regierung das neue Grenzkorps ohne Rücksicht auf die einheimischen Vorstellungen und die gerechten Forderungen des jüdischen Jischuw und ohne Rücksicht auf das Verhalten bei Präzedenzfällen (Gendarmerie) formiert und damit die Rechte des jüdischen Jischuw verletzt hat. Der Kongreß fordert demgegenüber, daß der jüdische Jischuw entsprechend seinem gerechten Verlangen und seinen Bedürfnissen unter Wahrung seiner nationalen und religiösen Interessen beteiligt wird. Ebenso fordert der Kongreß die Beteiligung der Juden gemäß ihrer Bedeutung an allen Polizei-, Sicherheits- und Verteidigungsformationen des Landes. (Angenommen.)

5. Die Einbürgerung in Erez Israel ist eine fundamentale nationale Pflicht. Der Kongreß verlangt, daß jeder in Palästina lebende Jude dieser Pflicht unverzüglich genügt.

Über die Agency-Resolution wird nach Vorschlag Dr. Goldmann in einzelnen Absätzen abgestimmt. Nachdem Dr. Goldmann das Minoritätsvotum der Radikalen begründet hat, wird der erste Absatz mit 99 gegen 19 Stimmen angenommen. Er lautet:

Gemäß den Beschlüssen des XIV. Kongresses über die Erweiterung der Jewish Agency zwecks einer wirksamen Zusammenarbeit aller Juden am Aufbau des Jüdischen Nationalheims in Palästina im Geiste der Balfour-Deklaration und des Mandates beschließt der XV. Kongreß, daß die prinzipiellen Bestimmungen, die vom XIV. Kongreß als unabänderliche Grundlagen festgesetzt wurden, nämlich dauernde Verstärkung der Alijah, Auslösung des Bodens als Volksbesitz, landwirtschaftliche Kolonisation auf Grund der jüdischen Arbeit, hebräische Sprache und Kultur, in der Konstitution der erweiterten Jewish Agency verankert werde.

Vor Annahme dieses Punktes hatte Louis Lipsky in Erwiderung auf die von Dr. Goldmann erhobenen Vorwürfe, daß Dr. Weizmann in seinem Briefwechsel mit Louis Marshall die amerikanischen Zionisten in ihrem Kampfe um die Anerkennung der Priorität Palästinas desavouiert hätte, erklärt:

Es ist nicht das erstemal, daß die europäischen Zionisten der Meinung sind, jenen von Amerika helfen zu müssen. Die Zionisten Amerikas können ihre Ehre selbst schützen. Dr. Weizmann hat seinen Brief an Marshall im Einverständnis mit der Zionistischen Organisation von Amerika geschrieben, deren Leitung ihn ausdrücklich gebilligt hat. Wenn etwas, was darin steht, Kritik hervorruft, so richtet sich diese Kritik nicht gegen Dr. Weizmann allein, sondern gegen ihn und gegen die Zionistische Organisation von Amerika.

Hierauf werden Abs. 2 und 3 angenommen. Sie lauten:

Ebenso muß in der Konstitution der erweiterten Jewish Agency festgelegt werden, daß der Präsident der Zionistischen Organisation in jedem Falle Präsident der Jewish Agency ist.

Die Mitglieder der verschiedenen Organe der Jewish Agency können in ihrer Abwesenheit nur durch ständige Ersatzmitglieder vertreten werden. Gemäß den früheren Beschlüssen erwartet der Kongreß mit Bestimmtheit, daß die Jewish Agency die hauptsächlichsten jüdischen Gemeinschaften der Welt auf demokratischer Grundlage repräsentiert und Vertreter der organisierten jüdischen Arbeiterschaft enthalten wird. Der Kongreß fordert die Exekutive auf, die Verhandlungen mit den jüdischen Gemeinschaften der verschiedenen Länder energisch fortzusetzen.

Der vierte Absatz lautet: Der Kongreß nimmt die Einsetzung der gemeinsamen Palästina-Kommission gemäß der am 17. Januar 1927 von Dr. Weizmann und Louis Marshall unterzeichneten Vereinbarung zur Kenntnis und hofft, daß die Arbeit dieser Kommission erfolgreich sein werde. (Mit 79 gegen 28 Stimmen angenommen.)

Nachdem sämtliche von Dr. Nahum Goldmann begründeten Minoritätsanträge abgelehnt worden waren, nahm Jabotinsky das Wort zu folgender Erklärung:

Wir haben bis zum letzten Moment auf die Annahme der Resolution Goldmann gehofft, daß die endgültige Ratifizierung des Jewish-Agency-Vertrages einem souveränen zionistischen Kongreß überlassen werden wird. Diese Hoffnung hat uns noch die Aussicht eröffnet, auf einem konstitutionellen Wege gegen die Sache anzukämpfen. Zu meinem großen Bedauern wurde diese letzte Hoffnung gestört. Unter diesen Bedingungen muß ich im Namen meiner Fraktion erklären, daß wir unsere absolute Gegnerschaft gegen jeden Versuch der Teilung der politischen Funktionen mit irgendwelchen Nichtzionisten aufrechterhalten und mit allen Mitteln dagegen kämpfen werden, wobei wir sicher sind, daß durch diesen Kampf die Durchführung der hier vorgeschlagenen Maßnahmen unmöglich werden wird.

Auch Locker gab eine Erklärung ab des Inhalts, daß die Mehrheit seiner Fraktion zwar für die Resolutionen gestimmt habe, daß sie aber nach wie vor den Kampf für die Demokratisierung der Agency führen werde.

In der 15. und 16. Sitzung, Freitag vor- und nachmittag, standen die Anträge der Organisationskommission zur Beratung. Den Bericht erstattete Dr. Aron Barth, die Haltung der Exekutive wurde dargelegt von Dr. Felix Rosenblüth und Nahum Sokolow, die vor allem vor einer noch stärkeren Einschränkung des Londoner Büros warnten. Es wurden folgende Anträge angenommen:

„Innerhalb eines jeden Landes sollen der Landesverband und die Landesgruppen der Sonderverbände eine ständige Arbeitsgemeinschaft (territoriale Arbeitsgemeinschaft) bilden, deren Wirkungskreis sich auf Keren Hajessod, Keren Kajemeth, Palästina-Immigration, Schekel und Kongreßwahlen erstreckt und deren Organisationsform durch Vereinbarung der betreffenden Landesverbände und Landesgruppen der Sonderverbände bestimmt wird.

Bei der Konstituierung der territorialen Arbeitsgemeinschaft ist auf die innerhalb des Landesverbandes und der Landesgruppen der Sonderverbände bestehenden Minderheiten Rücksicht zu nehmen. Auch die zionistische Jugend soll hierbei berücksichtigt werden."

„Die Zionistischen Landesverbände und Landesgruppen der Sonderverbände müssen als eine ihrer Hauptaufgaben die Anwerbung von ständigen beitragszahlenden Mitgliedern ansehen. Die Mitglieder-Werbeaktion ist nach Möglichkeit im engen Zusammenhang mit der Schekelaktion durchzuführen. Die Gründung und Erhaltung von lebensfähigen Ortsgruppen und Vereinen ist im Sinne des § 5 des Organisations-Statuts eine wesentliche Aufgabe der Landesverbände und der Landesgruppen der Sonderverbände."

„Die Sitzungen des A.C. finden in Erez Israel statt, nur in außerordentlichen Fällen soll das Präsidium des A.C. das Recht haben, Sitzungen im Auslande einzuberufen." (Minderheitsantrag Neustadt.)

Die Wahl der Exekutive

Die 17. Sitzung des Kongresses, in der nach zahlreichen Zwischenfällen die Wahl der neuen Leitung endlich vorgenommen werden konnte, begann am Samstag abend gegen 9 Uhr und endete nach mehreren Unterbrechungen am Sonntag um 7 Uhr morgens.

Man verhandelte zunächst über die Frage der Zugehörigkeit zionistischer Beamter zum A.C., die sog. Frage der Inkompatibilität und nahm folgende Resolution an:

Verwaltungsbeamte der Zionistischen Exekutive und der zionistischen Zentralinstitute, das sind Jüdische Kolonialbank, Keren Hajessod und Nationalfonds, können, solange sie im aktiven Dienst stehen, nicht Mitglieder des Aktionskomitees sein, ohne Rücksicht darauf, ob sie in den Hauptbureaus oder in den Landesstellen tätig sind.

Dieser Beschluß wurde sogar noch dahin erweitert, daß auch Beamte solcher Institutionen, welche von den Zionistischen Organisationen subventioniert werden, dem A.C. nicht angehören dürfen.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung erstattete Dr. Mossinsohn den Bericht der Erziehungskommission, deren Beschlüsse en bloc angenommen wurden. Die wichtigsten Resolutionen lauten:

Der Kongreß beauftragt die Zionistische Exekutive in Palästina, im Einvernehmen mit dem Waad Leumi eine aus den Vertretern der Zionistischen Organisation und des organisierten Jischuw in Palästina zusammengesetzte Kommission zu schaffen zwecks Klärung der Erziehungsprobleme in Palästina, auf Grund der durch die Annahme des Gemeindegesetzes geschaffenen neuen Lage. — Der Waad Hachinuch soll aus folgenden 14 Mitgliedern zusammengesetzt werden: a) Leiter des Erziehungsdepartements der Zionistischen Organisation, b) dem Vertreter des Finanzdepartements der Zionistischen Organisation in Palästina, je einen Vertreter der Lehrerorganisation in Palästina entsprechend den drei Strömungen im Lande, 7 Mitgliedern des Waad Hachinuch, die durch die zionistische Leitung in Palästina zusammen mit dem Waad Leumi ernannt werden, davon 2 vom Misrachi und 2 von den Arbeitern und 2 Vertretern der palästinischen Regierung.

Beschlüsse über landwirtschaftliche Kolonisation

Es gelangt hierauf der Bericht der Kommission für landwirtschaftliche Kolonisation zur Verhandlung. Es prachen die Berichterstatter Suchowiecki und Dr. Schmorak, worauf über die einzelnen Punkte abgestimmt wird. Die wichtigsten der angenommenen Resolutionen lauten: Das Budget für landwirtschaftliche Kolonisation soll nach dem Grundsatz festgesetzt werden, daß die zunächst bevorstehende Periode im wesentlichen der Stärkung und Konsolidierung der bestehenden Ansiedlungen gewidmet sein soll unter Wahrung der Gleichberechtigung der bestehenden Kolonisationsformen. Die Vollendung bestehender Ansiedlungen soll den Vorrang vor der Schaffung neuer Ansiedlungen haben. — Die Exekutive wird angewiesen, sogleich Schritte zu unternehmen, um den Abschluß definitiver Verträge mit den bestehenden Ansiedlern bzw. Siedlergruppen spätestens bis 1. Mai 1928 durchzuführen.

Große Erregung rief Punkt 5 hervor, der lautet:

Die in den vorstehenden Resolutionen erwähnten Verträge sollen die Form direkter Vereinbarungen mit dem einzelnen Siedler bzw. der Siedlergruppe haben und keinen Hinweis auf eine dritte Partei erhalten.

Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wird abgelehnt, ebenso der Antrag Dr. Schachtel, die Angelegenheit dem A.-C. zu überweisen, und zwar in namentlicher Abstimmung mit 99:83 Stimmen.

Darauf wurde um 3 Uhr nachts die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme nahm Prof. Weizmann das Wort und gab folgende Erklärung ab:

„Bevor Sie zu den Wahlen der Exekutive schreiten, habe ich einige Erklärungen abzugeben. Es sind — ich will mich so kurz fassen wie möglich — Mißverständnisse und Meinungen verbreitet — ob sie begründet sind oder nicht, ist nicht meine Sache zu beurteilen — nach meiner Meinung sind sie unbegründet — daß die Exekutive, die eben vorgeschlagen wird, irgendwie als arbeiterunfreundlich betrachtet wird. Infolgedessen halte ich es für notwendig, die folgenden Erklärungen abzugeben:

1. Die Histadruth und ihre Organe werden als legitime Vertretung der in ihnen organisierten Arbeiter gegenüber der Zionistischen Organisation und allen ihren Institutionen anerkannt. Dasselbe gilt für andere Organisationen ähnlichen Charakters.

2. Die Zionistische Organisation und ihre Institutionen sind verpflichtet, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Die Exekutive wird sich bemühen, diesen Grundsatz auch in den von der Zionistischen Organisation geförderten Unternehmungen durchzusetzen.

Ich habe noch eine andere Erklärung abzugeben bezüglich der großen Linien der Verwaltung der von Ihnen zu wählenden Exekutive.

a) Die Exekutive wird das von der Budgetkommission festgesetzte und vom Kongreß beschlossene Budget unter der Grundvoraussetzung durchführen, daß die Einnahmen den vorgesehenen Ausgaben entsprechen. Die Exekutive muß berechtigt sein, das Budget mit der tatsächlichen Lage in Einklang zu bringen und die zu diesem Zwecke notwendigen Änderungen vorzunehmen.

b) **Die Exekutive soll freie Hand haben im Rahmen der statutarischen Bestimmungen, jeden von ihr als notwendig oder wünschenswert erkannten Schritt zu tun, um eine effektive und dauernde Kontrolle über den Keren Kajemeth und den Keren Hajessod auszuüben und die Arbeit der Fonds mit der Arbeit der Exekutive zu koordinieren.**

Diese Erklärungen habe ich abzugeben, und ich möchte noch hinzufügen, daß es die dringende Aufgabe der Exekutive sein wird, alle Anstrengungen zu machen und die gesamte zionistische

Welt zur Anstrengung zu veranlassen, um außerhalb des Budgets und im Einklang mit den Arbeiten für den Keren Hajessod Gelder zu bekommen, die die Möglichkeit ergeben, das Problem der Arbeitslosigkeit einer Lösung zuzuführen. Das ist keine budgetäre Verpflichtung seitens der Exekutive. Es ist nur eine Betonung dessen, was schon hier im Kongreß mehrmals betont wurde, daß es Pflicht eines jeden Zionisten und der Exekutive sein wird, die Zionisten aufzufordern, alle Anstrengungen zu machen, um es der Exekutive zu ermöglichen, eine Lösung der Arbeitslosen-Frage herbeizuführen.

Das ist alles, was ich vor den Wahlen dem Kongreß zu erklären habe."

Diese Erklärung Dr. Weizmanns wurde vor allem von Ussischkin, dem Leiter des N.-F., mit großer Erregung aufgenommen; er verlangte das Wort zu einer Erklärung. Der Vorsitzende Motzkin, der ihm dies verweigert, sieht sich infolge heftiger Proteste der Misrachisten, Radikalen und Revisionisten gezwungen, ihm das Wort zu erteilen und allen Fraktionen noch einmal eine Redezeit von 10 Minuten zu gewähren.

Ussischkin wendet sich mit äußerst erregten Worten gegen die Erklärung des Präsidenten der Organisation, daß die Exekutive freie Hand haben soll, alle wünschenswerten Schritte zu tun, um eine dauernde Kontrolle über den Keren Kajemeth auszuüben. Dieses involviere eine ungeheure Gefahr für den KKL. Der Fonds, der zweifellos der populärste bei der gesamten Judenheit sei, habe gerade in den letzten Jahren eine aufsteigende Entwicklung genommen, und durch die Untergrabung seiner Selbständigkeit drohe diese aufsteigende Entwicklung jäh unterbrochen zu werden. Wem der KKL teuer ist, der müsse sich gegen diesen Punkt in der Erklärung Dr. Weizmanns aussprechen.

Der Sprecher des Misrachi, Rabbi Berlin, befürchtet ebenfalls eine Gefahr für den KKL und nimmt gegen die Erklärung Weizmanns Stellung.

Locker führt aus, daß die Arbeiterschaft für die neue Exekutive, die der Ausdruck einer arbeiterfeindlichen Tendenz sei, keine Verantwortung übernehmen könne, sie werde ihr jedoch eine Chance geben und sich daher an der Abstimmung nicht beteiligen.

Nach einem neuerlichen heftigen Angriff Grünbaums auf Dr. Weizmann und nach einer Erklärung Kaplans, schlägt Kurt Blumenfeld namens des Permanenzausschusses zur Wahl vor: Dr. Weizmann als Präsident der Zionistischen Organisation. **Dr. Weizmann wird mit 113 gegen 54 Stimmen gewählt.** Nahum Sokolow zum Präsidenten der Exekutive (mit großer Majorität gewählt, Stimmenzählung fand nicht statt). Die weiteren Mitglieder der Exekutive Dr. Eder, Lipsky, Rosenblüth, Kisch, Sacher, Szold werden en bloc mit 83 gegen 62 Stimmen gewählt.

Hierauf folgt die Wahl der Mitglieder des A.-C., des Kongreß- und Ehrengerichtes und des Kongreßanwaltes. (Dem A.-C. gehören aus Deutschland an: Blumenfeld, Bileski und Lichtheim.)

Nach der Wahl gaben Berlin für den Misrachi, Rubaschow für die Poale Zion und Arlosoroff für die Hitachduth nochmals ihrem Mißtrauen gegen die neue Exekutive in Erklärungen Ausdruck. Um 7 Uhr konnte die Sitzung geschlossen werden.

Die Schlußsitzung

Die Schlußsitzung des Kongresses konnte nicht mehr im Messegebäude abgehalten werden, da dieses bereits anderweitig belegt war. Sie wurde am Sonntag nachmittag um 2 Uhr von Präsident Sokolow im historischen Saale des Stadtkasinos eröffnet.

Es begann zunächst die Budgetdebatte, als deren Ergebnis

Das Budget in der Höhe von 631 892 Pfund

votiert wurde. Dann begründete Frau Henriette Szold eine Resolution in Angelegenheit der Verfolgungen der russischen Zionisten. Sie gedachte der Märtyrer in Rußland. Die Resolution protestiert gegen die unmenschlichen Verfolgungen, welche Sowjetrußland gegen alle Teile der zionistischen Bewegung unternimmt. Der Kongreß fordert die Regierung Sowjetrußlands auf, die verhafteten Zionisten in Freiheit zu setzen und den Verfolgungen des Zionismus in Rußland ein Ende zu machen. Der Kongreß hofft, daß die Juden der ganzen Welt sich seinem Protest anschließen werden. Diese Resolution wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Nahum Sokolow hielt dann eine Ansprache, in der er nochmals darauf hinwies, daß dieser Kongreß einen dreißigjährigen Abschluß der modernen zionistischen Bewegung kennzeichnet; möge er auch der Anfang zu einer neuen, glücklicheren Epoche sein. Er bezeichnete die Ergebnisse des Kongresses als zufriedenstellend, sagte, es war ein guter, wenn auch schwerer Kongreß. Trotz der erbitterten Miesmacherei ist zu hoffen, daß die Krise der zionistischen Bewegung überwunden sei und daß auch die Krise des Aufbauwerkes in Palästina durch die Arbeit des Keren Hajessod und durch die Aufbringung der notwendigen Kredite bald beendet sein wird. Sokolow sprach von der Vorbereitung der nationalen Innenanleihe und erklärte, die Führer der Bewegung werden im Verlauf des kommenden Jahres ihre ganze Arbeitskraft dem Ziele widmen, die nationale Anleihe zustandezubringen.

Den starken Beifall des Kongresses fand die Mitteilung Sokolows, daß ihm gegenüber der britische Kolonienminister Amery vor kurzem in einem Gespräch erklärt habe, die englische Regierung wisse, daß die Grundlage des jüdischen Aufbaus in Palästina eine gesunde sei. Sokolow appelliert an den

Kongreß, den Anleihegedanken in breiteste Kreise zu tragen, damit die Stockung in dem Aufbau des nationalen Heims in Palästina bald überwunden werde.

Der erste Vizepräsident des Kongresses, Leo Motzkin, hielt die Schlußansprache, in der er ausführte, der Kongreß sei der beste, ernsteste und bedeutungsvollste seit dem Kriege, man dürfe hoffnungsvoll in die Zukunft schauen. Er erklärte den 15. Zionistenkongreß, den Kongreß des Jubiläums der zionistischen Bewegung, für geschlossen.

Delegierte und Gäste stimmten die Hatikwah an.

* * *

M. M. Ussischkins Bericht über den Jüdischen Nationalfonds

M. M. Ussischkin stellte in seinem Bericht über die Leistungen des Keren Kajemeth fest, daß die Hoffnungen der jüdischen Welt auf Boden in Palästina unlösbar mit dem einzigen Institut des nationalen Bodens, dem Keren Kajemeth, verbunden sind. Wenn man nun sieht, daß der Nationalfonds nicht imstande war, auch nur den Anfang dieses Bodenproblems in entscheidender Weise zu lösen, dann ist es Pflicht des Kongresses, sich in dieses Problem zu vertiefen. Der Referent bespricht die Frage der Bodenreserve und tritt dafür ein, daß Boden erworben werden soll, auch wenn man ihn nicht sofort kolonisieren kann. Die heutigen Agrargesetze bereiten der Erwerbung des Bodens ungeheure Schwierigkeiten, man müsse auf deren Abänderung drängen. In den letzten zwei Jahren hat der Keren Kajemeth über 60 000 Dunam Boden erworben und Meliorationen und Wasserinstallationen der verschiedensten Art durchgeführt. Die Einkünfte in den letzten Jahren betrugen 281 000 £ im Jahresdurchschnitt gegen nur 70 000 £ von fünf Jahren. Ussischkin schließt: „Wenn wir die Probleme des Bodens lösen, werden wir Erez Israel haben.“

Die Anleihe-Kommission

Die vom Kongreß gewählte Anleihekommission hielt am 10. September unter Vorsitz des Herrn Isaak Naiditsch ihre konstituierende Sitzung ab. Die Exekutive der Anleihekommission, welche laut Beschluß sämtlicher Mitglieder ihren ständigen Sitz in Paris haben wird, besteht aus den Herren: Dr. Berthold Feiwel, Dr. Viktor Jacobsohn, Leo Motzkin, Isaak Naiditsch und Hillel Zlatopolski. Naiditsch wurde einstimmig zum Vorsitzenden der Exekutive der Anleihekommission gewählt. Der Arbeitsplan der Kommission wurde festgesetzt und Sorge dafür getragen, daß der Verkehr bzw. Gedankenaustausch unter den Mitgliedern der Gesamtkommission unverzüglich in die Wege geleitet wird. Auch wurde die Einrichtung eines Sekretariats beschlossen.

Für einen Weltkongreß der Freunde der hebräischen Sprache

Basel, 9. September. (JTA.) In den Räumen des Kongreßgebäudes fand eine Initiativversammlung der Freunde der hebräischen Kultur statt. Der Vorsitzende, Hillel Zlatopolsky, referierte über die Lage der hebräischen Sprache, des Erziehungswerkes und des hebräischen Schrifttums in der ganzen Welt. Die palästinischen Schriftsteller N. Bistrizky und Frau Schoschanah Persitz sprachen über die Notwendigkeit der Abhaltung eines Weltkongresses der Freunde der hebräischen Kultur in Palästina und Schaffung einer Weltorganisation zur Förderung der hebräischen Sprache und Kultur.

Den Reden folgte eine lebhafte Diskussion, an der sich Prof. Chajes, Naiditsch, S. Schneur. Ben Awi, David Yellin, Leo Motzkin, Oberrabbiner Uziel, der Vertreter des palästinischen Erziehungswerkes, Chanoch Arnon u. a. m. beteiligten.

Die Lage in Palästina

In der siebten Sitzung des Kongresses machte Colonel F. H. Kisch, der Leiter der Zionistischen Exekutive in Palästina, folgende Ausführungen: Für die Situation, in der wir uns befinden, ist das Wort Krise eigentlich nicht recht verwendbar. Eine Krise stellt einen Tiefpunkt wirtschaftlicher Depression dar. Die Lage aber, die man so häufig mit dem Wort „Krise in Palästina“ bezeichnet, besteht in Wirklichkeit darin, daß einige Tausend Menschen keine Möglichkeit produktiver Beschäftigung gefunden haben. Diese Lage haben wir zu beseitigen. Es war das von der Exekutive andauernd verfolgte System während der letzten fünf Jahre, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln und durch ständigen Druck auf die Behörden die industrielle Tätigkeit zu intensivieren. Allerdings ist uns nicht alles gelungen, und in bezug auf den bereits erwähnten syrisch-palästinischen Vertrag haben wir leider einen Mißerfolg gehabt. Leider wird der Vertrag wahrscheinlich in der Ihnen bekannten Form ratifiziert werden, und es ist kein Trost, daß uns die Regierung mitgeteilt hat, sie werde die ganze Situation neu prüfen, wenn der Vertrag ein Jahr in Kraft gestanden hat. Es besteht aber noch eine gewisse Möglichkeit, daß wir im letzten Augenblick die Konzession erlangen werden, daß die Regierung denjenigen unserer Industrieprodukte, die beim Transport von Palästina nach Syrien dem syrischen Zoll unterliegen werden, eine Exportvergütung oder Prämie zuerkennt. Unsere Verhandlungen mit der Regierung bezüglich der Industrie haben in den letzten Jahren in weitem Umfang Erfolge erzielt. Wir erreichten die völlige Zollbefreiung für jede Art von Seiden-, Baumwoll-, Schafwoll-, Hanf- und Jutegarn sowie Rohbaumwolle, so gut wie alle für Textilindustrie erforderlichen Rohstoffe. Andere Artikel, die auf unser Ansuchen vom Zoll befreit wurden, sind das gesamte Rohmaterial für die Gerbereiindustrie, ferner sämtliche landwirtschaftlichen und industriellen Maschinen, endlich Druckertypen und -Maschinen. Bezüglich der letzteren können wir behaupten, daß die Produktion der hebräischen Literatur eine natürliche Industrie Palästinas ist. Bezüglich der Industrie möchte ich noch den erfreulichen Fortschritt erwähnen, der in den letzten zwei Jahren innerhalb der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern gemacht worden ist. Ich glaube, daß es richtig ist, Unternehmer mit

Kapital und technischem Wissen dazu zu ermutigen, nach Palästina zu kommen. Ich sage dies auf Grund der Ansicht von Experten, wie Sir Robert Waley Cohen, Felix Warburg, Sir Alfred Mond, Dr. Lee K. Frankel u. a.

Die Art und Weise, in der Herr Grünbaum so rühmlich und erfolgreich den Kampf um die Minoritätsrechte geführt hat, ist auf Palästina nicht anwendbar. Denn in Palästina fordern wir mehr als Minoritätsrechte, sogar etwas, was sich noch von den üblichen Majoritätsrechten unterscheidet, nämlich die spezifischen historischen Rechte des jüdischen Volkes in Palästina. Diese Rechte sind durch die Großmächte und den Völkerbund anerkannt und naturgemäß auch von der Mandatarmacht, die sie ja als erster anerkannt hat. Und weil diese Rechte so besondere und weil die Situation eine andere ist, müssen unsere Beziehungen, nachdem einmal die Anerkennung dieser Rechte auf Grund gegenseitiger vertrauensvoller Verständigung mit der Mandatarmacht erfolgt ist, auf gegenseitigem Vertrauen basiert sein. Es gab während der letzten schwierigen Periode reiche Beweise dafür, daß dieses Zutrauen gerechtfertigt ist.

Unsere Industrie ist während der beiden letzten Jahre in einer Weise vorwärtsgekommen, die weit über die Entwicklung der vorhergehenden fünf Jahre hinausgeht. Die industriellen Exporte unserer Fabriken erreichen jetzt eine Ziffer von rund 60 000 Pfund jährlich, während es vor zwei Jahren noch keinen Industrieexport gab. Das Gebiet jüdischer landwirtschaftlicher Ansiedlung hat unter der Krise kaum gelitten. Es gab bei der Ausdehnung der Pflanzungen in den letzten 18 Monaten einen größeren Fortschritt als in den vorhergehenden drei Jahren, und diese Seite unserer Entwicklung wird in rund fünf Jahren reiche Frucht im wörtlichsten Sinne bringen.

Auch politisch gab es in diesen zwei Jahren seit dem letzten Kongreß einige wichtige Leistungen. Die historische Bedeutung der Tatsache, daß auf Grund des Staatsbürgerschaftsgesetzes ein palästinischer Paß mit hebräischem Text ausgegeben wird, der Anspruch auf britischen Schutz gibt, ist noch nicht genügend unterstrichen worden. Die vor kurzem erfolgte Veröffentlichung der Verordnung über die religiösen Gemeinschaften ist trotz gewisser Mängel ebenfalls ein Schritt von historischer Bedeutung für unsere nationale Entwicklung und bezeichnet einen gewaltigen Fortschritt gegenüber dem bisher in Geltung stehenden Zustand. Abgesehen davon, daß er die Gemeinschaft mit wichtigen autonomen Rechten legalisiert, stellt diese Verordnung das erste Dokument in der Gesetzgebung Palästinas dar, in dem die Jewish Agency als höchste jüdische Autorität für die Regelung von Differenzen zwischen anderen hohen jüdischen Autoritäten in Palästina figuriert. Auch unsere Beziehungen zu den Arabern haben dauernd Fortschritte gemacht.

Die Entscheidung über den Hafenbau in Haifa wurde endgültig getroffen. Die Arbeit Ruthenbergs an dem hydro-elektrischen Werk im Jordantale hat begonnen, und bezüglich der Toten-Meer-Konzession bestehen gute Aussichten. Ich möchte diesen Kongreß bitten, daß er niemanden gestattet, diese Krise zu einer Vertrauenskrise gegenüber der Zukunft zu machen.

Bundestag des Kadimah

Vom 29. Juli bis 1. August fand bei Königsee in Thüringen der zweite Bundestag des Kadimah, Ring jüdischer Wander- und Pfadfinderbünde statt. Vor einem Jahr durch Zusammenschluß dreier Bünde gebildet, kann der Kadimah auf eine Zeit voller Arbeit zurückblicken, nicht verschont von inneren und äußeren Kämpfen. Um so erfreulicher war das Bild dieses Bundestages, der in seinen Aussprachen zeigte, daß trotz verschiedener Anschauungen über Ziel und Weg des Bundes der starke Wille zu einheitlicher Zusammenarbeit entstanden ist. Im Mittelpunkt der ideologischen Auseinandersetzung stand die Einstellung des Bundes zu den Problemen der jüdischen Erziehung. Die auf der Bundesratstagung in Brieselang angenommene Resolution wurde vom Bunde erneut als Grundlage der Arbeit anerkannt und in folgende Fassung gebracht:

Der zweite Bundestag des „Kadimah" legt als Basis der weiteren gemeisamen Arbeit in folgendem die Grundlage der jüdischen Erziehung des Bundes dar.

„Kadimah" ist ein unabhängiger Jugendbund mit reinen Erziehungsaufgaben. Er lehnt es ab, die Nachwuchsbewegung irgendeiner politischen Organisation zu sein.

Feind allen Zersplitterungs- und Verfalltendenzen im Judentum will er die jüdische Jugend zur verantwortlichen Mitarbeit an den gemeinsamen Aufgaben der Weltjudenheit erziehen. Innerhalb dieser Aufgaben kommt, entsprechend der unzertrennlichen Verknüpfung Palästinas mit der Geschichte des jüdischen Volkes, dem Wiederaufbau des Landes eine besondere Bedeutung zu.

Intensives Hebräischlernen, Eindringen in die kulturellen und religiösen Probleme, Kenntnis der jüdischen Kulturwerte und der jüdischen Geschichte sowie das Wissen um die Gegenwartsfragen des jüdischen Volkes sind die unerläßlichen Vorbedingungen, um die Angehörigen unseres Bundes dazu zu befähigen, sich selbst innerhalb der jüdischen Probleme zu orientieren und nach ihrer Erziehung im Kadimah zur eigenen Entscheidung über ihren zukünftigen jüdischen Weg zu gelangen.

Aufs stärkste betont wurde, daß der Bund sich seine unpolitische Einstellung sich nicht nehmen lassen würde, seinen Willen, unbekümmert um alle äußeren Angriffe seinen eigenen Weg zu gehen. Weder der Vorwurf der einen Seite, daß er zionistisch sei, noch der anderen, daß sein Weg zum Antizionismus führe, könne ihn davon zurückhalten, selbständig Stellung zu den jüdischen Problemen zu nehmen. Als Erziehungsbund obliege ihm die Aufgabe, seine Menschen zu stärken, bewußten, freien Juden zu erziehen, die imstande seien, sich selbständig für ihren jüdischen Weg zu entscheiden.

Je ein Referat über Pfadfindertum und über jüdische Erziehungsarbeit gaben die weiteren Grundlagen für Aussprachen und praktische Arbeit, Kurse usw. — Das fünftägige Lager zeigte das Bild des werdenden Pfadfinderbundes, reich an innerem Leben und äußeren Formen. Das große Lagerfeuer vereinigte allabendlich den ganzen Bund, besondere Freitagabendfeiern führten einzelne Kreise zusammen.

Die Bundestagung fand ihren Abschluß mit der Wahl des neuen Bundesrates sowie der Bundesleitung, der Bernhard Bamberger, Hans Kaufmann und Kurt London angehören.

Aus der jüdischen Welt

Dr. Ludwig Kastl, Deutschlands Vertreter in der Mandatskommission

Genf, 9. September. (JTA.) Dr. Ludwig Kastl, bisher Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, ist heute zum deutschen Mitglied der Mandatskommission des Völkerbundes ernannt worden. Dr. Kastl war 1906 in den Dienst der deutschen Kolonialverwaltung getreten. 1925 schied er aus dem Staatsdienst aus. In seiner Jugend hielt er sich zu Studienzwecken mehrere Jahre in England auf.

Annahme des Palästinaberichtes der Mandatskommission durch den Völkerbundsrat

Genf, 11. September. (JTA.) Dem Völkerbundsrate lag gestern der Bericht der Ständigen Mandatskommission des Völkerbundes über das Ergebnis ihrer 11. Sitzung, in der die Angelegenheiten Palästinas behandelt wurden, vor. Der Rat stimmte den Ergebnissen des Kommissionsberichtes ohne jede Debatte zu.

Der Rat beschloß, der britischen Regierung und der Bevölkerung Palästinas über die Erdbebenkatastrophe, von der Palästina im Juli d. J. heimgesucht wurde, das tiefste Mitgefühl auszudrücken.

Minister Amery über die britische Politik in Palästina

Ansprache an eine jüdische Abordnung in Südafrika

Johannisburg, 11. Sept. (JTA.) Der britische Staatssekretär für die Kolonien, Herr Amery, der sich gegenwärtig in offizieller Eigenschaft in Südafrika aufhält, empfing in Johannisburg eine vom Oberrabbiner Dr. J. L. Landau geführte Abordnung jüdischer Repräsentanten und gab dieser gegenüber die folgende Erklärung über die von der britischen Regierung in Palästina befolgten Politik ab.

Vorläufig sind in Palästina die Fundamente zum Aufbau gelegt, aber diese Fundamente sind solide und ruhen auf fester Basis. Früher oder später wird der Oberbau aufgeführt werden; der auf solchen Fundamenten ruhende Oberbau dürfte in der Tat schön und edel sein.

Noch aber, fuhr Mr. Amery fort, sind die praktischen Schwierigkeiten groß. Ohne Zweifel macht Palästina gegenwärtig eine wirtschaftlich sehr schwere Zeit durch. Alle die guten Anfänge, die schönen Unternehmungen, die dort vollführt worden sind, bedürfen für die nächsten Jahre der Stütze. Die Anstrengungen, die jetzt gemacht werden, um einen ansehnlichen Fonds zur glücklichen Überwindung der Krise aufzubringen, haben meine vollste Sympathie.

Die britische Administration in Palästina ist stets darum bemüht, Gefühle nicht zu verletzen und die Interessen irgendeines Bevölkerungsteiles nicht zu benachteiligen. Indem sie stets die praktischen administrativen Schwierigkeiten im Auge behält, ist sie sich voll und aufrichtig ihrer Bestimmung bewußt, dem Geiste und dem Buchstaben nach das von Lord Balfour im Jahre 1917 gegebene Gelöbnis, welches später im Mandat wiederholt wurde, zu erfüllen. Dieses Gelöbnis wird gewissenhaft von allen jenen verwirklicht, die in der britischen Regierung ein Amt bekleiden oder in der Verwaltung Palästinas in verantwortlicher Stellung arbeiten.

Beginn der Hafenarbeiten in Jaffa

Jerusalem, 12. Sept. (JTA.) Die Regierung Palästinas hat mit dem Ingenieur Gut einen Vertrag über Geländeplanierung am Jaffaer Hafen abgeschlossen. Sobald die Planierung fertig ist, wird mit der Errichtung von Lagerhäusern und anderen Hafengebäuden begonnen werden. Die Arbeiten für die Erweiterung und den Ausbau des Hafens selbst werden in diesen Tagen begonnen.

Aufbauarbeit der Palästina-Regierung — Eine 10 000-Pfund-Anleihe der Regierung für Tel-Awiw

Jerusalem, 9. Sept. (JTA.) Der Oberkommissär von Palästina, Feldmarschall Lord Plumer, weilte gestern in Tel-Awiw und erklärte in einer öffentlichen Ansprache, die Regierung wolle mit aller Energie das Wiederaufbauwerk führen, um den durch das Erdbeben entstandenen Schaden in möglichst kurzer Zeit zu reparieren. Die Fortführung dieses Werkes werde auch die Arbeitslosigkeit in einem hohen Maße verringern helfen.

Lord Plumer teilte ferner mit, die Regierung habe beschlossen, der Stadtverwaltung von Tel-Awiw einen Kredit von 10 000 Pfund zu geben, damit die Stadt in die Lage versetzt werde, Notstandsarbeiten zwecks Linderung der Arbeitslosigkeit durchzuführen.

Unabhängigkeit Transjordaniens

Jerusalem, 6. September (JTA.) Die arabische Zeitung „Yarmuk" veröffentlicht einen Auszug aus einem Vertragsentwurf zwischen Großbritannien und Transjordanien, aus dem hervorgeht, daß Großbritannien die Unabhängigkeit

Transjordaniens anerkennt. Der Emir Abdullah wird als das militärische, legislative und exekutive Oberhaupt Transjordaniens angesehen; sein Sohn Talal soll Abdullah in allen diesen Rechten nachfolgen. Es wird ein Gesetzgebender Rat aus 15 Personen eingesetzt, der aus seiner Mitte den Premier, den Innenminister, den Justizminister und die Minister für Erziehungswesen und Krieg stellt. Der Vertrag hat eine zweijährige Gültigkeit. England verpflichtet sich, technische Ratgeber zu stellen.

Die Jerusalemer Konzessionen wieder vor dem Haager Gericht

Haag., 11. September. (JTA.) Am 8. September begann vor dem Haager Internationalen Gerichtshof die Verhandlung über die Klage der griechischen Regierung gegen die britische Regierung auf Schadenersatz an den Griechen Mawromatis für die Entziehung der ihm vor dem Kriege von der türkischen Regierung erteilten Konzessionen betreffend Licht- und Verkehrsanlagen in Jerusalem. Schon im März 1925 fällte der Haager Gerichtshof ein Urteil zugunsten des Mawromatis, woraufhin die britische Regierung in Verhandlungen wegen Erneuerung der Konzessionen einging. Es scheint aber, daß Mawromatis gar nicht in der Lage ist, die Konzessionen auszunutzen, weswegen die Palästinaregierung keine Verträge mit ihm abschloß. Der Haager Gerichtshof soll nun über das Recht des Mawromatis, eine Entschädigung zu verlangen, ein Urteil fällen.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Hebräische Sprachschule, München. Am letzten Donnerstag begann ein neuer Grammatikkurs mit hebräischer Unterrichtssprache. Der Unterricht findet Dienstag und Donnerstag morgens von ½7 bis ½8 Uhr statt, und zwar werden einmal die Zeitwörter und einmal die übrigen Formen der Grammatik durchgenommen. Interessenten werden gebeten, sich in der Hebräischen Sprachschule, Herzog-Rudolf-Straße 1, Tel. Nr. 297449, baldigst anzumelden. Die Leitung der Hebr. Sprachschule.

Jung-Jüdischer Wanderbund, München. Samstag nachmittag 4 Uhr kleine Mädels Hirschanger, bei schlechtem Wetter Heim.

Jüdischer Volkskunstabend. Herr Sakaschansky, der aus dem letzten jüdischen Künstlerabend noch in bester Erinnerung aller ist, gibt am Samstag, den 17. d. M., seinen Abschiedsabend in München. Außer ihm wirken noch H. Lehmann und A. Zimmermann bei der Aufführung eines Zweiakters von Eisenstadt mit, sodaß auch diese Veranstaltung wie die bisherigen erfolgreich zu werden verspricht. Näheres siehe Inserat in dieser Nummer.

Jüd. Kammerorchester, München. Geschäftsführung und Anschrift: Max Kupfer, Fraunhoferstr. 5, Tel. 26667. Musikalische Leitung: Franz Kleinbauer, Heinrich Lamm.

Die regelmäßigen Proben haben wieder begonnen und finden jetzt jeden Mittwoch im Saale des jüdischen Kindergartens, Herzog-Rudolf-Straße 5 (neben der Ohel-Jakob-Synagoge) statt. (Pulte mitbringen.) — In die Leitung der Proben teilen sich Herr Kleinbauer und Herr Lamm wie folgt: Kleinbauer, Mittwoch, 21. September, Dienstag, 4. Oktober, Donnerstag, 20. Oktober; Lamm: Mittwoch, 14. September, Donnerstag, 29. September, Donnerstag, 13. Oktober.

Am Sonntag, den 23. Oktober 1927, um 8 Uhr, findet anläßlich Simchas-Thora ein öffentliches Konzert statt. Geschlossene Hauptprobe vormittags 9 Uhr. Es ist deshalb zuverlässiges Erscheinen zu den Proben geboten. Die Leitung.

Jüdischer Jugendverein, München. Unsere Winterarbeit hat wieder begonnen. Ein ausführliches Arbeitsprogramm ging diese Woche unseren Mitgliedern zu. Auf Wunsch wird es jedem interessierten jungen jüdischen Menschen zugesandt. Unser neues endgültiges Heim, St. Annastraße 6, Eingang Bürkleinstraße, ptr., ist für Mitglieder jeden Dienstag und Donnerstag von 19.30 Uhr abds. an zugänglich. Gäste können eingeführt werden. — Die Freitag-Abende haben bereits wieder ihren Anfang genommen. Jeder ist uns zu diesen Abenden willkommen! Beginn abends 20.30 Uhr in der Herzog-Max-Straße 5, Rückgeb., 1 Stock.

Voranzeige: Mittwoch, den 19. Oktober, Simchat-thora-Ball. Wir bitten die jüdischen Vereine ihre Veranstaltungen nicht auf diesen Tag festzusetzen. Näheres wird noch rechtzeitig bekanntgegeben.

Spenden-Ausweis

Durch Fritz Fraenkel, Fürth i. B. Büchsen: Rosenkranz RM. 1.—, Frl. Pereles 2.50, Fleischmann 1.—, Obstfeld 1.05, Friedländer 1.—, Dr. Oppenheimer 1.— = RM. 7.55.
Stein RM. 18.—

Schweinfurt. Baumspenden: Dr. Max Stein RM. 18.—, J.-R. Hommel 12.— = RM. 30.—. Büchsen: Dr. Max Stein RM. 12.65, Forchheimer 1.29 = RM. 13.94.

Spenden: Bildstein RM. 3.—, Hans Sonneberger 5.—, Dr. Gundersheimer 5.—, Sänger 3.—, Hch. Schloß-Deutsch 20.—, Dreschfeld 5.—, Hamburger 3.—, Frau Rudolf Neumann 5.—, Forchheimer 3.—. Jugendverein 5.—, Ludwig Mohrenwitz 20.—, Dr. Fritz Stein 30.—, N. N. 10.—, R. Sachs 5.—, Rosenstock 5.—, W. Adler 3.—, Schelzer 10.— = RM. 185.94.

Niederwerrn. Spenden: S. Gutmann RM. 2.—, Rosenberger 2.—, Hamburger 1.—, Bildstein 1.—, Theilhaber 2.—, Gottlob 1.—, Weiler 1.—, Heßlein 1.—, Felix Gutmann 3.— = RM. 14.—.

Gerolzhofen. Büchsen: Rothschild RM. —.79.

Spenden: Willy Brodmann RM. 5.—, Reinhold-Lichtenauer 3.—, Metzger Brodmann 1.—, Kohn 4.—, Fanny Lonnerstädter 6.—, Hirsch 1.—, N. N. 2.—, Stern 3.—. Lepold Krämer 1.—, Oskar Hahn 3.—, Henle 1.50, Schuhhaus Schwarz 2.—, Rothschild 1.—, Louis Lichtenauer 1.— = RM. 35.29.

Schonungen. Spenden: Rafael Rosenberger I. RM. 7.—, Gustav Adler 2.—, Max Adler 1.—, Betty Steinberger 1.—, Siegfried Rosenbaum —.50, Geschw. Rosenbaum —.20 = RM. 11.70.

Obbach. Spenden: Ramsfelder RM. 2.—, Blumenthal 1.—, Abraham Fleischmann 1.—, Mendel Fränkel 2.—, Lehmann Bildstein 1.—, Gebr. Schloch 2.—, Abraham Bildstein 1.—, Willy Rammsfelder 2.—, Moses Schloß 2.—, Kammenmacher —.50, Willy Fränkel 1.— = RM. 15.50.

Theilheim. Spenden: Justin Fleischmann RM. 5.—, Nathan Frankenberger 2.—, Rosenbaum 1.50, Benjamin Klein 1.—, Finke 3.—, Jakob Freudenthal 1.—, Samuel Baumblatt 1.—, Ludwig Forchheimer 1.—, Moses Rosenbaum 1.— = RM. 16.50.

Schwanfeld. Spenden: Fanny Blettner RM. 2.—, Adolf Heymann 1.—, Louis Gutmann 5.—, Moritz Berg 1.—, Heinrich Berg 1.—, Elise Heymann Wwe. 2.— = RM. 12.—.

Bad Kissingen. Büchsen: Dr. Bamberger RM. 2.30, Jeitel 1.74, Z.-A. Bamberger 8.13, Seelig 2.90, Federlein 1.50, Hertzfeld 3.15, Löwinsky 5.35, Katz 4.93, Engel —.50 = RM. 30. 50.

Spenden: Dr. Bamberger 5.—, Neumann 5.—, Federlein 5.—, Lehrer Steinberger 2.—, Ruckenstein 3.—, Kauders 3.—, San.-Rat Rosenthal 10.—, Heymann 3.—, Grünebaum 5.—, Ehrlich 10.—, Dr. Norwitzky 3.—, N. N. 5.—, Frei 5.—, Ehrenreich 5.—, Eisenburg 3.—, Dr. Silberschmidt 10.—, Rosenthal 2.—, Dr. Regensburger 10.—, Dr. Kahn 5.—, N. N. 7.—, Liebmann 2.—, Frank 5.—, Lina Gutmann 1.—, N. N. 5—, Nußbaum 2.—, Baumblatt 1.—, Geschw. Mann 5.—, Lazarus Mann 3.— = RM. 130.—.

Bäume: Z.-A. Dr. Bamberger RM. 6.— = 1 Baum auf Seligmann Beer Bamberger Garten, Z.-A. Dr. Bamberger 6.— = 1 Baum auf Benzion Bamberger Garten = RM. 12.— = RM. 172.50.

Neustadt a. d. Saale. Spenden: Sigmund Stern RM. 5.—, Fa. S. Reiß 5.—, Max Friedmann 2.— = RM. 12.—.

Maßbach. Spenden: Friedmann RM. 3.—, A. Frank 3.—, Heidelberger 3.—, Frau Strauß 1.50 = RM. 10.50.

Poppenlauer. Spenden: Ph. Krämer RM. 2.—, Wildberg 1.—, Otto Reis 1.— = RM. 4.—.

Bad Brückenau. Spenden: Dr. Hannover, Würzburg RM. 5.— = RM. 5.—.

Stadt Brückenau: Spenden: Grünebaum RM. 3.—, A. Grünebaum 1.—, Stern 3.— = RM. 7.—.

Hammelburg. Büchsen: Bettina Stern RM. 3.25, August Stühler 2.30, Adler 1.10 = RM. 6.65.

Spenden: S. Schuster RM. 10.—, Stern 5.—, Karl Nußbaum 3.—, Ferd. Nußbaum 2.—, Ludwig Schuster 1.—, Rosenberger 5.—. Max Stühler 3.—, Finsterwald 2.—, Martin Nußbaum 2.—, Kappel 1.—, Hamburger 2.— = RM. 36.— = RM. 42.65.

Westheim bei Hammelburg: Spenden: Strauß RM. 1.50, Hirschenberger 1.—, Jakob Klingenstein 2.—, Berliner 2.—, Moses Adler 1.—, Herrmann 1.—, Frauenverein 5.—, Max Adler I. —.50, Max Adler II. 1.— = RM. 15.—.

Mellrichstadt. Büchsen: Metzger Frank RM. 2.40 = RM. 2.40.

Spenden: R. Neuberger RM. 2.—, Hermann Katz 3.—, Max Lindau 2.—, Lehrer Schloß 2.—, Lonnerstädter 4.—, Prager 5.—, Musliner 3.—, Nußbaum 3.—, Gustav Rosenthal 3.—, Mantel 3.—, Ottensooser 3.—, Meyer 2.—, Frau Leo Frank 3.—, Moses Neuburger 5.—, Blüthe 2.—, Willy Rothschild 2.—, Frau Moses Stein 2.— = RM. 49.— = RM. 51.40.

Unsleben. Spenden: N. N. RM. 4.—, Minna Bach 14.—, B. Lustig 5.—, Rose Nachf. 5.—, Lehrer Blumenthal 3.—, Ludwig Naumann 3.—, Wwe. Frank 2.—, Max Mittel 1.—, Kuno Mittel 2.—, S. Brandus 3.—, Liebenthal 3.— = RM. 45.—.

Gemünden. Spenden: Baumann RM. 3.—, S. Birk 3.—, Strauß —.50. Leo Schild 2.—, Grünebaum 1.—, Lina Schild 1.—, Sichel 3.—, David Birk 1.— = RM. 14.50.

Geroda. Spenden: Sußmann Heß RM. 1.60, A. Katzmann 2.—, M. Katzmann 1.—, H. Katzmann 1.—, K. Strauß 2.—, B. Strauß 2.—, S. Heß 1.—, L. Heß 1.—, A. D. Nußbaum 1.—, Lehrer Strauß 1.— = RM. 13.60.

Platz. Spende: Stern RM. 2.— = RM. 2.—.

Kitzingen. Spenden: B. Sonder RM. 5.—, Stiebel 10.—, B. Stern 10.—, E. Sonder 10.— Lustig 10.—, Nußbaum 5.—, Rimpel 3.—, Lauber 5.—, Schönfeld 3.—, Löwenhaupt 2.—, Roßmann 5.—, Eugen Stern 5.—, N. N. 3.— = RM. 76.—.

Oberthulba. Spenden: Felix Schiff RM. 1.—, Selig Distelburger 5.—, Gabriel Schiff 3.—, S. Kahn 3.—, S. Schiff 3.—, Max Schiff 3.—, Abr. Schiff 3.—, Seligmann Schiff 3.—, M. Löwenfried 3.— = RM. 27.—.

Würzburg. Spenden: Selig & Co. RM. 10.—, Mannheimer 10.—, S. Guttmann 10.—, Dr. Strauß 10.—, Lachmann 10.—, Komm.-Rat Rosenthal 10.—, Steinberg 10.—, Dr. D. Schloß 5.—, Dr. Hamburger 5.—, Biow 5.—, Liebmann 10.—, Sonneberger 5.—, Günzburger 10.—, Vorchheimer 10.—, Louis Stern 10.—, Frank 5.—, Wahlhaus 1.—, Fulder 5.—, Schuhhaus Bing 3.—, Handburger 10.—, Fels 10.—, Klau 20.—, J. Kleemann 5.—, Karl Hecht 4.—, Wertheim 10.—. Steinhardt 10.—, Löwenthal 2.—, Dorn 5.—, Rosenheimer 10.—, Hausmann & Co. 10.—, R.-A. Stern 5.—, Olga Hirsch 2.—, Dr. O. Meyer 10.—, Frank 5.—, Isidor Stein 2.—, H. Wolf 5.—, Frau Dr. Nürnberg auf den Namen ihrer Großmutter, Frau Ph. Billigheimer zwei Bäume 12.— = RM. 287.—.

Heidingsfeld. Spenden: Hanauer & Sohn RM. 20.—, Schwarzenberger 5.—, Morgenroth 10.—, Forchheimer 5.—, Bravmann 3.—, Riesenfeld 5.— = RM. 48.—.

Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 26. August 1927

Spendenbuch: Durch Hannah Birnbaum (Fürth) von Haas anl. 80. Geb. 10.—, Dr. Behrends anläßl. Konfirmation seiner Tochter (Fürth) 3.—, N. N. anl. Geburt seines Enkels 20.—, Josef Meth anl. Geburt von Zwillingen 2.—.

Büchsen: Nürnberg —.90; durch Hannah Nußbaum 40.04 (Emil Rosenfeld 5.—, Nathan Nußbaum 4.—, Julie Rosenthal 3.20, Bieringer, Dr. Forchheimer, Stein je 3.—, Weinschenk 2.85, Bäumel, Grießmann je 2.—, Lonnerstädter, Ullmann, Kassel, Neuburger, Höchster je 1.—, Dr. Lorch, Blumenfeld, Kreisle, Gutmann je 1.50, Dr. Leurer —.62, Dr. Uhlfelder —.37).

Allgemeine Spenden: Durch Fritz Fränkel aus Würzburg und Umgebung 511.63.

Gesamtsumme: 587.57.

Seit 1. Oktober gesammelt: 18 723.49.

Gaststätten / Sommerfrischen / Bäder

in denen jüdische Besucher willkommen sind

Verantwortlich für die Redaktion: Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.